



16.3334

**Motion Birrer-Heimo Prisca.****Panama Papers.****Sicherungssteuer  
auf Finanzflüssen  
mit Offshore-Gesellschaften****Motion Birrer-Heimo Prisca.****Panama Papers.****Prélever un impôt de garantie  
sur les flux financiers impliquant  
des sociétés offshore**

## CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.17

**Birrer-Heimo Prisca** (S, LU): Wir behandeln heute einige Vorstösse, die im Kontext der Veröffentlichung der Panama Papers entwickelt wurden. Das ist eineinhalb Jahre her. Inzwischen sind die Paradise Papers auf dem Tisch, und es geht im Kern immer um dasselbe: um intransparente Offshore-Strukturen, um Beihilfe zur Steuerhinterziehung, um Korruption. Die Schweiz ist in der Pflicht und muss mithelfen, die Offshore-Sümpfe trockenzulegen und eine konsequente Weissgeldstrategie umzusetzen. Die Enthüllungen aus den Panama Papers legen die Vermutung nahe, dass sehr bedeutende Summen in juristischen Konstrukten in Panama und weiteren Offshore-Finanzzentren parkiert sind, um sie dem Zugriff der Strafverfolgungs- und der Steuerbehörden zu entziehen.

Angesichts der äusserst effizienten Finanzindustrie in der Schweiz und an anderen Finanzplätzen gibt es keine wirklich stichhaltige Begründung, um zur Abwicklung legaler Geschäfte die Dienstleistungen der kaum regulierten Offshore-Finanzzentren zu beanspruchen. In der internationalen Diskussion gewann deshalb der Lösungsansatz an Beachtung, auf Finanztransaktionen mit Offshore-Finanzzentren an der Quelle eine bescheidene Sicherungssteuer zu erheben. Diese soll, vergleichbar mit der Verrechnungssteuer, zurückerstattet werden, wenn die entsprechenden Finanzbeziehungen im Rahmen der Steuererklärung vollständig offengelegt werden – ein Vorgang, den wir bestens kennen und der sich seit Jahrzehnten bewährt hat.

Diese Offshore-Finanzzentren sind auch benannt. Die Schweizerische Nationalbank definiert in ihrer Statistik der schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland diese Zentren wie folgt: In Europa sind das Gibraltar, Guernsey, Jersey und die Insel Man, in Amerika sind es Anguilla, Bahamas, Barbados, Bermuda, die Britischen Jungferninseln, Curaçao, die Cayman-Inseln, Montserrat, Panama, St. Kitts und Nevis, St. Martin, ab 2000 sind noch die Amerikanischen Jungferninseln und verschiedene weitere Zentren dabei. Die Liste ist da; wir wissen, um welche Zentren es geht. Es gibt kein Problem, eine solche Sicherungssteuer einzuführen.

Mit meiner Motion soll der Bundesrat nun beauftragt werden, auf Finanztransaktionen zwischen der Schweiz und juristischen Konstrukten mit Sitz in einem Staat, der von der Schweizerischen Nationalbank als Offshore-Finanzzentrum identifiziert ist und mit dem kein Abkommen über den automatischen Informationsaustausch angewendet wird, an der Quelle eine Sicherungssteuer von 1 Prozent zu erheben. Diese ist zurückzuerstatten, wenn die Finanzbeziehungen im Rahmen der Steuererklärung vollständig offengelegt werden. Wir haben hier eine effiziente, wirksame Möglichkeit, diesen Sumpf der Offshore-Gesellschaften trockenzulegen. Ich bitte Sie, diese Motion zu unterstützen.

Der Bundesrat schreibt ja auch in seiner Stellungnahme, dass er bisher schon Massnahmen ergriffen habe und weitere ergreifen möchte. Er wiegelt dann am Schluss aber ab und findet, zusätzliche Massnahmen seien im Moment nicht nötig, man solle schauen, wie die jetzigen greifen. Nach den Panama Papers sind die Paradise Papers gekommen; die nächsten Papers kommen bestimmt. Der Bundesrat täte gut daran, mehrere Instru-



mente einzusetzen, die wirksam sind. Dann könnte er wirklich die Weissgeldstrategie glaubhaft umsetzen. Ich bitte Sie, diese Motion anzunehmen.

**Maurer** Ueli, Bundesrat: Das, was Frau Birrer-Heimo fordert, ist ebenfalls bereits in die Wege geleitet worden. Wir haben auch hier zu beachten, dass wir uns diesbezüglich in einem internationalen Rahmen bewegen und uns diesem internationalen Rahmen auch anpassen müssen. Es gibt im Rahmen der Beps-Projekte ein Projekt, das die Bekämpfung von Gewinnverkürzung und Gewinnverschiebung vorsieht. Damit soll auch die Besteuerung am Ort der wirtschaftlichen Tätigkeit erfolgen sowie die entsprechende Transparenz sichergestellt werden. Die Vorlage, die wir im Anschluss an die Eingabe dieser Motion bereits ausgearbeitet haben, ist in der Zwischenzeit bei Ihnen: Es ist das Country-by-Country-Reporting. Dieses wird dann ab dem nächsten Jahr den geforderten Austausch ermöglichen. Damit wird mehr Transparenz geschaffen, und die Verschiebung von Gewinnen dürfte entsprechend schwieriger werden.

Das Gleiche läuft international mit der Anpassung von Verrechnungspreisleitlinien. Auch das führt dazu, dass Briefkastenfirmen an Attraktivität verlieren werden. Diese Massnahmen sind international eingeleitet worden, und es ist ganz zentral und wichtig, dass sie auch international umgesetzt werden, weil sonst Nischen entstehen, die sofort wieder genutzt werden. Das kann nicht der Sinn und Zweck dieser Massnahmen sein.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die geforderten Massnahmen eingeleitet worden sind. Sie beginnen zu greifen. Wir werden in ein, zwei Jahren die Auswirkungen sehen. Wir sind überzeugt, dass das eine wesentliche Verbesserung im Sinne von Frau Birrer-Heimo geben wird. Dann wird man weiter beurteilen müssen, ob diese Massnahmen genügen oder auch nicht. Ich denke also nicht, dass es notwendig ist, dass wir hier einen eigenen Weg einschlagen. Wir sind hier in der internationalen Gemeinschaft und sprechen das mit ihr ab. Es braucht eine internationale Regelung.

Ich bitte Sie also, die Motion nicht anzunehmen, weil das, was darin gefordert wird, bereits aufgegleist worden ist. Dieses Vorgehen ist wahrscheinlich wirkungsvoller, als wenn wir hier eine eigene Gesetzgebung machen.

**Le président** (de Buman Dominique, président): Le Conseil fédéral propose de rejeter la motion.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 16.3334/16359)

Für Annahme der Motion ... 55 Stimmen

Dagegen ... 133 Stimmen

(2 Enthaltungen)

AB 2017 N 2171 / BO 2017 N 2171